

Roter Studiensonntag
„Was für Gewerkschaften brauchen wir?“
Reader

Was für Gewerkschaften brauchen wir?

Reader zum Roten Studiensonntag der DKP Kassel,
23.2.2025

„Würden sie [die Arbeiter, KB.] in ihren tagtäglichen Zusammenstößen mit dem Kapital feige nachgeben, sie würden sich selbst unweigerlich der Fähigkeit berauben, irgendeine umfassendere Bewegung ins Werk zu setzen.

Gleichzeitig, und ganz unabhängig von der allgemeinen Fron, die das Lohnsystem einschließt, sollte die Arbeiterklasse die endgültige Wirksamkeit dieser tagtäglichen Kämpfe nicht überschätzen. Sie sollte nicht vergessen, daß sie gegen Wirkungen kämpft, nicht aber gegen die Ursachen dieser Wirkungen; daß sie zwar die Abwärtsbewegung verlangsamt, nicht aber ihre Richtung ändert; daß sie Palliativmittel anwendet, die das Übel nicht kurieren. Sie sollte daher nicht ausschließlich in diesem unvermeidlichen Kleinkrieg aufgehen, der aus den nie enden wollenden Gewalttaten des Kapitals oder aus den Marktschwankungen unaufhörlich hervorgeht. Sie sollte begreifen, daß das gegenwärtige System bei all dem Elend, das es über sie verhängt, zugleich schwanger geht mit den materiellen Bedingungen und den gesellschaftlichen Formen, die für eine ökonomische Umgestaltung der Gesellschaft notwendig sind. Statt des konservativen Mottos: "Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk!", sollte sie auf ihr Banner die revolutionäre Losung schreiben: "Nieder mit dem Lohnsystem!"

[...] Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals. Sie verfehlen ihren Zweck zum Teil, sobald sie von ihrer Macht einen unsachgemäßen Gebrauch machen. Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d.h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems.

Karl Marx: Lohn, Preis und Profit, Juni 1865, MEW 16, 151-152.



Roter Studiensonntag
„Was für Gewerkschaften brauchen wir?“
Reader

Inhaltsverzeichnis

Zeitplan des Seminars.....	3
Warum brauchen die Arbeiter und Angestellten starke Gewerkschaften?	
Marxistische Lehrbriefe, Serie B, Heft 2, Frankfurt am Main 1963ff.....	4
[Einleitung: Wozu Gewerkschaften?].....	4
Zwei Richtungen in der Geschichte der Gewerkschaften.....	8
Renate Münder: Gewerkschaften in der Krise. Wie ist die Verzichtspolitik zu durchbrechen? Konsequent. Marxistisch-Leninistische Theorie und revolutionäre Praxis. Schriftenreihe der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) Landesorganisation Berlin, 1/2013.....	12
DKP: Programm der DKP (2006), Essen 2020, S. 30-34.....	12
Das Betriebsverfassungsgesetz – seine Herkunft und Funktion bis heute....	17
Gruppe kämpferischer Postler, Kassel: Bildugsabend zu den Aufgaben der JAV, 29.11.2024.....	17
Heizung, Brot und Frieden - In der Klasse wirken – Rein in Betriebe und Gewerkschaft - Rein in die Viertel – Raus auf die Straße! Beschluss des 25. Parteitages der DKP, Gotha, März 2023.....	24

Roter Studiensonntag
„Was für Gewerkschaften brauchen wir?“
Reader

Zeitplan des Seminars

10.00 Uhr: Beginn des Seminars

10.30 – 11.30 Uhr: Einführung in die Notwendigkeit der Gewerkschaften

11.30 – 12.30 Uhr: Diskussion in den Kleingruppen

12.30 – 13.30 Uhr Mittagspause

13.30 – 14.30 Uhr: Was macht die Gewerkschaften kaputt? –
Sozialpartnerschaft, Standortlogik, Stellvertreterpolitik

13.30 – 14.30 Uhr Integration und Repression

14.30 – 16.30 Uhr „Heizung, Brot und Frieden“ – der Kampf um die
Gewerkschaften heute

16.30 – 17.00 Uhr: Abschluss

Roter Studiensonntag
„Was für Gewerkschaften brauchen wir?“
Reader

Warum brauchen die Arbeiter und Angestellten starke Gewerkschaften? Marxistische Lehrbriefe, Serie B, Heft 2, Frankfurt am Main 1963ff.

[Einleitung: Wozu Gewerkschaften?]

Wenn von Gewerkschaften die Rede ist, denken wir an Löhne, Gehälter, Arbeitszeit- und Urlaubsfragen, kurz: an die Bedingungen, unter denen Arbeiter und Angestellte ihre Arbeitskraft verkaufen. In der Tat bestreiten Arbeiter und Angestellte ihr Leben aus dem finanziellen Erlös des Verkaufs ihrer Arbeitskraft.

Das kapitalistische Lohngesetz

Wenn Arbeiter heute ihre Löhne, ihren Lebensstandard betrachten, dann glauben viele, das einst von Marx entdeckte Gesetz, das die Höhe dieses Lohns regelt, gelte nicht mehr. In dem Lehrbrief „Gibt es noch Kapitalismus in der Bundesrepublik?“ wird dies kurz behandelt. Es wird gezeigt, dass die Arbeitskraft des Arbeiters und Angestellten noch immer eine Ware ist. Der Preis dieser Ware ist abhängig von ihrem Wert. Dieser Wert bestimmt sich – wie der Wert jeder anderen Ware auch – durch das Quantum an Arbeit, das zur Herstellung dieser Ware erforderlich ist. Praktisch bedeutet das, er wird bestimmt durch den Wert des Quantums an Lebensmitteln, das zur Erhaltung der Arbeitskraft nötig ist. Was heißt das? Zunächst handelt es sich hier nicht nur um Nahrungsmittel, sondern selbstverständlich auch um Kleidung, Wohnung, Ausbildungskosten usw. Marx formulierte das allgemein so:

„Die Arbeitskraft eines Menschen existiert nur in seiner lebendigen Leiblichkeit. Eine gewisse Masse an Lebensmitteln muß ein Mensch konsumieren, um aufzuwachsen und sich am Leben zu erhalten. Der Mensch unterliegt jedoch, wie die Maschine, der Abnutzung und muß durch einen anderen Menschen ersetzt werden. Außer der zu seiner eigenen Erhaltung erforderlichen Lebensmittelmengung bedarf er einer anderen Lebensmittelmengung, um eine gewisse Zahl Kinder aufzuziehen, die ihn auf dem Arbeitsmarkt zu ersetzen und das Geschlecht der Arbeiter zu verewigen haben. Mehr noch, um seine Arbeitskraft zu entwickeln und ein gegebenes Geschick zu erwerben, muß eine weitere Menge von Werten vorausgibt werden.“ (Karl

Roter Studiensonntag
„Was für Gewerkschaften brauchen wir?“
Reader

Marx: Lohn, Preis und Profit, Juni 1865, MEW 16, S. 130, Quellenangabe neu erarbeitet, KB.)

Dieser „Warenkorb“ ist nicht in jedem Land, unter allen geographischen Bedingungen oder in jedem geschichtlichen Zeitabschnitt gleich groß. Er hängt auch ab von den Bedürfnissen der Arbeiter und Angestellten auf geistigem und kulturellem Gebiet. Ein hochqualifizierter Metallarbeiter in einem entwickelten kapitalistischen Land entwickelt hinsichtlich der Ausbildung, der Arbeit und Freizeit andere Bedürfnisse als der analphabetische, vom Dorf in die Stadt gekommene Handlanger des Frühkapitalismus. Im Wert der Arbeitskraft steckt also auch ein gesellschaftlich-historischer Faktor. [Gemeint ist das *historisch-moralische Niveau*, KB.]

Es gibt einen gewissen Spielraum, innerhalb dessen sich die den Wert der Arbeitskraft verkörpernde Lebensmittelmenge und damit der Arbeitslohn verändern kann. Die Grenze des Spielraums nach unten ist das Existenzminimum der Arbeiter, d.h. ein Lohn, der erheblich unter dem Wert der Arbeitskraft liegt. Wird diese untere Grenze, das Existenzminimum, längere Zeit unterschritten, so wird die Arbeitskraft zerstört. Nach oben ergibt sich diese Grenze für die Bewegung des Lohnes im Kapitalismus aus dem Wert der Arbeitskraft. Denn der kapitalistische Konkurrenzkampf läßt nicht zu, dass der Lohn über den Wert der Ware Arbeitskraft steigt. Das würde den Profit so schmälern, dass er im Konkurrenzkampf auf der Strecke bliebe. Im Gegenteil zwingt dieser Konkurrenzkampf die Kapitalisten zu einem beständigen Druck auf den Lohn, um die Profite und damit die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Darum herrscht im Kapitalismus eine Tendenz vor, die Arbeitslöhne unter den Wert der Arbeitskraft zu senken, sie möglichst weit dem Existenzminimum anzunähern.

Das Lohngesetz zieht also keine starre Grenze für die Höhe des Lohnes. Es läßt vielmehr, innerhalb des gekennzeichneten Spielraums, Lohnregelungen zu, die sich aus dem Kampf zwischen Kapitalisten und Arbeiterklasse ergeben. Deren Löhne „*fallen naturgemäß bis auf jenes Niveau, mit dem sie sich selbst als annehmbar abgefunden haben.*“ (Friedrich Engels: Das Lohnsystem, The Labour Standard, Mai 1881, MEW 19, 252. Quellenangabe neu erarbeitet, KB.)

Das Lohngesetz und die Gewerkschaften

Roter Studiensonntag
„Was für Gewerkschaften brauchen wir?“
Reader

In der Anfangszeit des Kapitalismus gab es noch keine Gewerkschaften. Der einzelne Arbeiter stand dem Kapitalismus allein gegenüber, wenn es um Lohnhöhe und Länge des Arbeitstages ging. Unter solchen Verhältnissen kam es nicht zu einem wirklichen Aushandeln der Bedingungen des Verkaufs der Arbeitskraft. Der Kapitalist konnte diese Bedingungen diktieren. Was der Arbeiter nicht bereit, sie anzunehmen, konnte der Kapitalist warten und von seinem Kapital leben. Der Arbeiter konnte das nicht. Irgendwie mußte er, um leben zu können, zu Lohnarbeit kommen. Also mußte er sich dem vom Kapital diktierten Bedingungen fügen.

Damals entwickelte sich bei den Arbeitern allmählich aus dem spontanen Widerstand einzelner und Gruppen vor Arbeitern – oft mit blutigen Lehren verbunden – die Einsicht, dass sie nur durch ihre Vereinigung und den gemeinsamen Kampf die Bedingungen des Verkaufs ihrer Arbeitskraft verbessern, sie vom Existenzminimum nach oben hin verändern konnten. So entstanden die Gewerkschaften. Sie entstanden als eine Organisation, mit deren Hilfe die Arbeiter ihren Lohn – als Preis der Ware Arbeitskraft – dem tatsächlichen Wert dieser Ware anzunähern strebten. Das bedeutet:

„Das Lohngesetz wird durch den gewerkschaftlichen Kampf nicht außer Kraft gesetzt. Im Gegenteil, es wird durch ihn voll zur Geltung gebracht. Ohne die Mittel des gewerkschaftlichen Widerstandes erhält der Arbeiter nicht einmal das, was ihm nach den Regeln des Lohngesetzes zusteht. Nur die Furcht vor den „Trade-Unions“ [englisch: Gewerkschaften] kann die Kapitalisten zwingen, den vollen Marktwert der Arbeitskraft den Arbeitern zuzubilligen.“ (Friedrich Engels: Das Lohnsystem, The Labour Standard, Mai 1881, MEW 19, 253. Quellenangabe neu erarbeitet, KB.)

Daran hat sich bis heute, trotz des jahrzehntelangen gewerkschaftlichen Kampfes nichts geändert.

„Zwar ist die allgemeine Anhebung des Lebensstandarts, die vor allem der Schaffenskraft und dem Fleiß der Arbeitnehmer und nicht zuletzt dem ständigen Drängen der ewerkschaften zu verdanken ist, vielen Arbeitnehmern neue Möglichkeiten der Lebensgestaltung eröffnet“, heißt es im DGB-Grundsatzprogramm. Aber darin heißt es genau so zutreffend: *„Die Arbeitnehmer, d.h. die übergroße Mehrheit der Bevölkerung, sind nach wie vor von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ausgeschlossen. Ihre Arbeitskraft ist auch heute noch ihre einzige Einkommensquelle.“* (DGB-Grundsatzprogramm, in: Handbch für die Vertrauensleute der IG Metall, 1964, S. 492-493.)

Roter Studiensonntag
„Was für Gewerkschaften brauchen wir?“
Reader

Die Bedeutung des wirtschaftlichen Kampfes der Gewerkschaften

Der Kampf der Gewerkschaften, das kapitalistische Lohngesetz einzuschränken, stellt noch keinen Kampf gegen den Kapitalismus selbst, gegen die Ausbeutung selbst dar. Er nimmt Einfluss auf die Bedingungen, unter denen die Arbeiter und Angestellten ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, also Lohnhöhe, Arbeitszeit, Urlaub usw. Aber er beseitigt nicht die Tatsache dieses Verkaufs der Arbeitskraft selbst und damit der Ausbeutung der Arbeiter durch das Kapital. Der rein wirtschaftliche Kampf der Gewerkschaften richtet sich gegen Wirkungen des bestehenden kapitalistischen Systems, nicht jedoch gegen dieses System selbst.

Das darf indessen nicht dazu verleiten, den rein wirtschaftlichen Kampf der Gewerkschaften gering zu schätzen. Ohne diesen Kampf erhalten die Arbeiter noch nicht einmal das als Lohn, was ihnen nach den kapitalistischen Gesetzen des Austauschs von Ware gegen Ware, von Arbeitskraft gegen Arbeitslohn, zusteht. Der Wirtschaftliche Kampf der Gewerkschaften ist also notwendig, damit sich die Lage der Arbeiter im Kapitalismus nicht dem Existenzminimum nähert, sondern so günstig gestaltet wird, wie das unter kapitalistischen Bedingungen möglich ist.

Ein zweiter Gesichtspunkt kommt hinzu: Arbeiter, die noch nicht an der Arbeiterbewegung teilnehmen, verstehen am leichtesten den Kampf für Lohn- und Arbeitsbedingungen, für die unmittelbaren wirtschaftlichen und sozialen Tagesinteressen. Der gewerkschaftliche Kampf ist also auch notwendig, um auf diesem Wege immer größere Teile der Arbeiterschaft in die Arbeiterbewegung einzubeziehen. Der gewerkschaftliche Kampf ist eine Bedingung für das Wachstum der Arbeiterbewegung, für die Sammlung, Organisierung und Schulung von Arbeitern zum gemeinsamen Kampf für ihre nächsten persönlichen und darüber hinaus für die weitergehenden Interessen ihrer Klasse.

- Studiert das Marx-Zitat auf dem Deckblatt: Der rein ökonomische Kampf wird das System nicht auf den Angeln heben, genau das wollen wir aber. Warum kämpfen wir in den Gewerkschaften mit und was bringen wir ein?
- Wie wollen die Kapitalisten den Wert der Ware Arbeitskraft und den Preis der Ware Arbeitskraft senken? Wie kämpfen wir in den Gewerkschaften dagegen an?
- Wie ist das mit der Organisation und Schulung der Arbeiter derzeit?

Roter Studiensonntag
„Was für Gewerkschaften brauchen wir?“
Reader

Zwei Richtungen in der Geschichte der Gewerkschaften

Die nur-gewerkschaftliche, sozialreformerische Richtung

Hier ist der Ausgangspunkt grundlegend verschiedener Auffassungen über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaft im Kapitalismus.

Die Unternehmer haben anfangs mit allen Mitteln versucht, die Bildung von Gewerkschaften zu verhindern: sie arbeiteten mit wirtschaftlichem Druck (Entlassungen, Aussperrungen). Die dem Kapital hörigen Regierungen sprachen Verbote aus, sperrten gewerkschafter ein, deportierten sie auf Strafinseln. Sie ließen auf Gewerkschafter schießen, Gewerkschafter hängen!

Aber das alles erwies sich – infolge des Anwachsens der Arbeiterklasse und damit ihres organisierten Kampfes um mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen als vergeblich. Die klügsten Vertreter der Kapitalinteresse änderten nun ihre Taktik: sie erkannten, dass die Gewerkschaft – bei einer Begrenzung ihrer Tätigkeit auf das Aushandeln der Lohn- und sonstigen Arbeitsbedingungen – zwar lästig sein würde. Aber sie würde dennoch nur Verhandlungs-, „Sozialpartner“ des Kapitals sein, die Kapitalmacht selbst aber nicht gefährden.

In dieser Richtung suchten sie die Gewerkschaften zu beeinflussen. Sie gründeten sogar eigene Gewerkschaften, (zB. Die Hirsch-Dunckersche Gewerkschaft) die mit den Arbeitergewerkschaften „konkurrierten“. Die Arbeiter nannten diese Organisationen „gelbe Gewerkschaften“.

Es gab und gibt jedoch auch in den von Sozialisten gegründeten Gewerkschaften Führer, die aus der Gewerkschaft eine Organisation machten, von denen keine Gefahr für die Ausbeutung selbst ausging. Diese Führer wollten ihre gute Gewerkschaftsposition oder ihre Posten in den Organen der Zusammenarbeit mit dem Großkapital und seines Staates nicht gefährden. Ihr Denken war an die Vorstellungen der bürgerlichen Welt gekettet, sie hatten sich nicht wirklich auf die Höhe sozialistischer Erkenntnis emporgearbeitet. Aus diesen Gründen empfanden sie Angst vor der sozialistischen Umwälzung, gaben sie der Idee von Reformen innerhalb des kapitalistischen Systems gegenüber der Idee von der Abschaffung dieses Systems selbst den Vorzug, beschränkten sie den Kampf der Arbeiterbewegung auf das Aushandeln besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, drängten sie die Arbeiterbewegung in en

Roter Studiensonntag
„Was für Gewerkschaften brauchen wir?“
Reader

entscheidenden politischen Fragen auf „Neutralität“. In der Praxis bedeutete das, den großkapitalistischen Kräften den Weg zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele freizuhalten.

Das waren Männer wie Carl Legien, Theodor Leipart und andere. Sie wurden in den Arbeitergewerkschaften zu Vertretern der „Sozialpartnerschaft“, der Arbeitsgemeinschaft von Kapitalisten und Arbeitern.

Wohin es führte, dass diese reformistischen Kräfte die Gewerkschaften immer mehr auf die Linie des Verzichts einer eigenen Haltung in den großen politischen Klassenfragen drängten, das zeigte sich, als 1914 das deutsche Großkapital den ersten Weltkrieg auslöste. Damals antwortete Legien auf besorgte Fragen seiner belgischen Genossen, wie sich die deutschen Gewerkschaften verhalten würden: man werde sich schlagen. „Die Genossen wären entsetzt darüber, sie hatten erwartet, dass ich den massenstreik empfohlen würde.“ (Th. Leipart: Karl Legien, Berlin 1929, S. 101).

Mehr noch: sie riefen zum „Burgfrieden“ im Kampf gegen die „eigenen“ Kapitalisten auf und traten für die Bewilligung der Kriegskredite ein. Sie unterstützten also diesen Krieg.

Es zeigte sich auch, als es 1918 in Deutschland zur Revolution gegen den Krieg und die Monarchie kam. Damals traf sich Legien mit den führenden Vertretern des Großkapitals, Stinnes, Rathenau und anderen. Gegen deren durch die revolution ohnehin erzwungenen Zustimmung zum Achtstundentag erklärte sich Legien bereit, ernsthaften Streiks entgegenzuwirken und auf Sozialisierungsforderungen zu verzichten. Das Ergebnis dieses Abkommens war die Beibehaltung der alten Besitz- und Machtverhältnisse und damit der gesellschaftlichen Grundlagen, auf denen später Faschismus und Krieg erwachsen konnten. Selbstkritisch bekannte die Führung der SPD 1934:

„Die Sozialdemokratie als einzig intakt gebliebene organisierte Macht übernahm ohne Widerstand die Staatsführung ... Daß sie den alten Staatsapparat fast unverändert übernahm, war der schwere historische Fehler“, den sie beging. (Sozialistische Aktion, Kralbad, 28.01.1934).

In der Weimarer Republik standen solche Kräfte an der Spitze der Gewerkschaft, deren Kampf immer mehr auf rein wirtschaftlichen und sozialen Tagesfragen beschränkt wurde. Ihre Neutralität in politischen

Roter Studiensonntag
„Was für Gewerkschaften brauchen wir?“
Reader

Fragen ging so weit, dass die Gewerkschaftsführung nicht bereit war, gegen Hitlers Machtantritt zu streiken. Mehr noch: sie beschloss, sich an der Feier der Nazis am 1. Mai 1933 zu beteiligen. Nachdem sie sich so weit selbst erniedrigt hatte, erhielt sie am 2. Mai 1933 die Quittung: die Gewerkschaft wurde verboten. Im Klassenkampf zwischen Arbeiterschaft und Großkapital kann man eben nur Hammer oder Amboss sein, ein Drittes gibt es nicht.

Die klassenkämpferische, sozialistische Richtung

Es gab jedoch von Anfang an auch eine andere Richtung in der Gewerkschaft. Die Vertreter dieser Richtung waren sich darüber klar, dass er Kampf nur nur zu führen ist um günstige Bedingungen des Verkaufs der Arbeitskraft, sondern auch um die Aufhebung der Gesellschaftsordnung, die die Besitzlosen zwingt, ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten zu verkaufen. Dazu ist und war der ökonomische Kampf der Arbeiter unerlässlich. Aber dazu war und ist auch die Einsicht unerlässlich, dass dieser Kampf nur die Bedingungen der Ausbeutung regelt, nicht jedoch die Ausbeutung selbst abschafft. Notwendig war und ist die Schulung und Organisierung der Arbeiter und Angestellten für den Kampf um weitergehende Ziele: da die Grundlage der Ausbeutung das kapitalistische Privateigentum ist, muß der Kampf um dessen Aufhebung, um dessen Ersetzung durch das sozialistische Eigentum des Volkes geführt werden. Hierbei stellt sich die Macht-, die Staatsfrage, denn eine solche grundlegende Veränderung der Eigentumsverhältnisse ist nicht möglich in einem Staat, dessen Aufgabe es letzten Endes ist, die bestehende kapitalistische Ordnung mit allen Mitteln zu erhalten.

So stehen sich Arbeiter und Kapitalisten nicht nur auf dem wirtschaftlichen, sondern auch auf dem politischen Kampfplatz gegenüber, muß die Arbeiterschaft nicht nur den wirtschaftlichen, sondern auch den politischen Klassenkampf führen. Die Gewerkschaft ist die Arbeiterorganisation zur Führung des wirtschaftlichen Klassenkampfes. Diesen Kampf wird sie nur dann wirklich im Interesse der Arbeiter führen, wenn ihr dieser unüberbrückbare Gegensatz von Ausbeutern und Ausgebeuteten, ihre Grundinteressen klar sind und sich darum die Gewerkschaft zum sozialistischen Ziel bekennt. Das erfordert die Bejahung der Arbeiterorganisation durch die Gewerkschaft, die diesem wirtschaftlichen Kampf seine weitergehenden Ziele weist, die diesen defensiven Kampf gegen die Wirkungen zu einem offensiven Kampf gegen das Ausbeutungsdyszem selbst weiterführen hilft. Das ist eine Organisation, die

Roter Studiensonntag
„Was für Gewerkschaften brauchen wir?“
Reader

die hierfür nötige politische Erziehungs- und Organisierungstätigkeit unter den Arbeitern leistet. Es ist eine Organisation, die aus ihrer wissenschaftlich-sozialistischen Gesamtsicht auf das System und die Geschichte des Kapitalismus imstande ist, alle Formen des Klassenkampfes der Arbeiter zu koordinieren und zu leiten: die wirtschaftlichen, politischen und ideologischen.

Das ist eine Organisation, der natürlich nur jene Arbeiter angehören, die gegenüber dem Kapitalismus nicht nur Lohnforderungen anmelden, sondern viel tiefer- und weitergehende Einsichten gewonnen und darum begriffen haben: wenn das Volk frei sein soll, muß die Ausbeutung überhaupt verschwinden. Es handelt sich hier um die höchste Form der Arbeiterorganisation, um die marxistische Arbeiterpartei, die die Gesamtinteressen vertritt und damit die politische Form der Arbeiterbewegung ist. Wie der Teil dem Ganzen, so ist jede Arbeiterorganisation zur Führung des Kampfes auf einem Teilgebiet, - hinsichtlich der Gewerkschaft also auf dem wirtschaftlichen Teilgebiet - der Organisation zur Führung aller Formen des Klassenkampfes der Arbeiter, also der Arbeiterpartei, untergeordnet.

Das war die Auffassung von Karl Marx, Friedrich Engels, von August Bebel und anderen Schülern von Marx in der deutschen Arbeiterbewegung.

- „Du bist so sehr gegen die Gewerkschaft!“ hören wir hin und wieder in den Betrieben. Woran liegt das? Und wie können wir antworten.
- Eine Betriebsrätin fragte mit vollem Ernst, ob wir Kommunisten Funktionäre der Gewerkschaft sein dürften. Was – unter anderem – könnte man ihr antworten?
- Die einen stärken – wenn auch durch Kritik – die Gewerkschaftsbewegung, die anderen liefern sie dem Kapital und seinem Staat aus. Wie gehen wir damit um, dass solche unvereinbaren Positionen in den Gewerkschaften vorfindlich sind?

Roter Studiensonntag
„Was für Gewerkschaften brauchen wir?“
Reader

Renate Münder: Gewerkschaften in der Krise. Wie ist die Verzichtspolitik zu durchbrechen? Konsequenz. Marxistisch-Leninistische Theorie und revolutionäre Praxis. Schriftenreihe der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) Landesorganisation Berlin, 1/2013.

Liegt als Broschüre vor.

Renate Münder ist vorgeworfen worden, mit ihrer schonungslosen Analyse und Kritik den Boden des Parteiprogramms der DKP verlassen zu haben. Vergleichen ihr Herangehen mit den Positionen des Parteiprogramms der DKP zur Frage des Kampfes der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften.

DKP: Programm der DKP (2006), Essen 2020, S. 30-34.

Arbeiterklasse – entscheidende Kraft

Die Arbeiterklasse ist die entscheidende Kraft im Kampf gegen die Macht des Kapitals und zur Er kämpfung des Sozialismus. Sie ist die Klasse in der kapitalistischen Gesellschaft, die auf Grund ihrer Stellung im System der gesellschaftlichen Produktion am stärksten und unmittelbar die kapitalistische Ausbeutung erlebt. Als Nichteigentümer an den Produktionsmitteln sind die Arbeiter und Angestellten gezwungen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Ohne ihre Arbeit könnte die Gesellschaft nicht existieren. Sie sind in unserem hoch industrialisierten Land die hauptsächlichlichen Schöpfer aller Werte. Die Arbeiterklasse hat keine von den Menschheitsinteressen gesonderten Interessen. Diese gesellschaftliche Stellung gibt ihr die Kraft, zum Hauptträger des Widerstandes und der Veränderung der Gesellschaft zu werden.

Die Arbeiter und Angestellten bilden die große Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik. Die Reihen der Arbeiterklasse der Bundesrepublik wurden und werden durch Millionen Arbeiter und Angestellte mit Migrationshintergrund verstärkt. Dabei leben und arbeiten ein Großteil von ihnen sowie ihre Familienangehörigen oft unter diskriminierenden

Roter Studiensonntag
„Was für Gewerkschaften brauchen wir?“
Reader

Bedingungen. Der Anteil der Erwerbslosen an der Bevölkerung wird immer größer; viele Jugendliche suchen vergeblich eine qualifizierte Ausbildung oder Beschäftigung. Sie alle gehören zur Arbeiterklasse.

Die Frauenerwerbsquote steigt weiter, aber die Mehrheit des weiblichen Teils der Arbeiterklasse verfügt über kein eigenes existenzsicherndes Einkommen: Teilzeitarbeit unterschiedlichster Form, ein besonders hoher Anteil am Niedrig- und Niedrigstlohnsektor, charakterisiert die Erwerbstätigkeit der meisten Frauen. Frauenlöhne sind in der Regel niedriger als Männerlöhne. Das ist eine zusätzliche Profitquelle und erhöht gleichzeitig den Druck auf die Männerlöhne.

Die steigende Erwerbslosigkeit, von der Frauen überproportional betroffen sind, und die Angst davor vergrößern Abhängigkeit, zusätzliche Belastung und Unterdrückung.

All das führt dazu, dass Frauen aller Altersgruppen besonders stark von Armut betroffen und bedroht sind.

Die zunehmende Flexibilisierung der Arbeit und Arbeitszeitverlängerungen erschweren es Menschen mit Kindern, gleichberechtigt am Arbeitsprozess teilzunehmen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bleibt ein Privatproblem der Familien, meist der Frauen. Diese traditionelle Rollenzuweisung wird immer neu reproduziert. Auch die Tendenz, Reproduktionsarbeit in einen erzwungenen Niedriglohnbereich haushaltsnaher Tätigkeiten zu verlagern, wird in erster Linie Frauen treffen.

In der Arbeiterklasse vollziehen sich seit einigen Jahrzehnten, besonders unter dem Einfluss der wissenschaftlich-technischen Revolution, zudem bedeutende strukturelle Wandlungen. Berufsbilder und Qualifikationsmerkmale haben sich verändert. Berufszweige, deren Angehörige sich zumeist nicht zur Arbeiterklasse rechnen, ihr aber objektiv angehören, gewinnen immer mehr an Bedeutung. Es bildet sich eine immer größer werdende Schicht der in Technik, Wissenschaft und Verwaltung arbeitenden Intelligenz. Sie unterscheidet sich von den Industriearbeitern bzw. einfachen Angestellten in Verwaltungen und Bildungseinrichtungen vielfach nur durch ihre konkrete Tätigkeit. Auch ihr Arbeitsplatz ist oft unsicher. Viele müssen entwürdigende Arbeitsverhältnisse eingehen.

Den höchsten Organisationsgrad und die größten Kampferfahrungen haben nach wie vor die Arbeiter und Angestellten in den großen Industriebetrieben sowie in Teilen des Transportwesens. Für den Kampf der Arbeiterklasse

Roter Studiensonntag
„Was für Gewerkschaften brauchen wir?“
Reader

gewinnen unter den heutigen Bedingungen aber auch die Beschäftigten im Bank- und Dienstleistungsbereich, im öffentlichen Dienst sowie im Kommunikationswesen eine zunehmende Bedeutung.

In Folge des Einsatzes neuer wissenschaftlich-technischer Entwicklungen verringert sich der Anteil lebendiger Arbeit im unmittelbaren Produktionsprozess durch Automatisierung und Robotereinsatz. Die Arbeitenden werden jedoch dadurch nicht entlastet. Einerseits werden immer mehr Arbeitsplätze abgebaut, andererseits gibt es zunehmend Verlängerung der Arbeitszeit und Erhöhung der Arbeitsintensität, Angriffe der Unternehmer auf tarifliche und andere Arbeiterrechte. Zugleich wächst die Zahl der Beschäftigten im Niedriglohnsektor, nimmt ihre Zahl in befristeten und prekären Arbeitsverhältnissen zu, in denen Tarifbruch und fehlender Kündigungsschutz bereits die Regel sind. Dies betrifft vor allem Frauen, Jugendliche und Menschen mit Behinderung.

Die Arbeiterklasse in unserem Land ist in ihrer Zusammensetzung und bezogen auf ihre Arbeitsbereiche und Arbeitsbedingungen, ihre Lebenslagen, Herkunft und Traditionen sowie Kampferfahrung sehr differenziert. In der organisierten Arbeiterbewegung wirken verschiedene politische und weltanschauliche Strömungen. Ungeachtet aller Differenzierungen und Unterschiede ist jedoch objektiv das Einigende bei weitem stärker als das Trennende. Die Arbeiterklasse hat gemeinsame Klasseninteressen. In Gestalt des Großkapitals steht ihr ein mächtiger, hoch organisierter, über alle Mittel der Macht und Meinungsmanipulation verfügender und einheitlich handelnder Klassengegner gegenüber.

Gesellschaftlicher Fortschritt ist nur denkbar, wenn die Arbeiterklasse in Aktionseinheit handelt und Bündnisse eingeht. Es ist notwendig und möglich, dass Arbeiter, Angestellte, Beamte, prekär Beschäftigte und Erwerbslose, Auszubildende und Rentner – unabhängig von Nationalität und Herkunft, unterschiedlicher Weltanschauung und unterschiedlicher Parteizugehörigkeit – zusammenwirken.

Mit dem Kapitalismus entstand die internationale Arbeiterklasse, die gemäß den besonderen Produktions- und Lebensbedingungen nationale Abteilungen bildete. Mit zunehmender Vereinheitlichung der Produktionsbedingungen wachsen die Voraussetzungen für den globalen Zusammenschluss der Arbeiterklasse, auch wenn das Bewusstsein dafür noch nicht gereift ist. Materielle Grundlage ist die Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung, als deren Folge die Beschäftigten im

Roter Studiensonntag
„Was für Gewerkschaften brauchen wir?“
Reader

Arbeitsprozess zunehmend in eine direkte grenzüberschreitende Kooperation eintreten. In diesem Prozess werden Ent-Industrialisierung an einem Ort und gleichzeitiger Aufbau modernster Fertigung am anderen zu einer globalen Erscheinung. Dies wird wiederum vom Kapital genutzt, um die Belegschaften von Standorten und nationale Abteilungen der Klasse gegeneinander auszuspielen. Dem setzen die Kommunisten die kämpferische Haltung des Internationalismus entgegen.

Daraus folgt für die Arbeiterbewegung, dass sie sich international vernetzen, sich entlang der globalen Produktionsnetzwerke organisieren muss, um Gegenmacht innerhalb der Transnationalen Konzerne entwickeln zu können.

Das Zusammengehen der Klasse mit ganzer Kraft zu unterstützen, das Einigende in den Vordergrund zu rücken, gemeinsame Aktionen zu fördern und zur Entwicklung des Klassenbewusstseins beizutragen – das ist Aufgabe und Grundsatz der DKP.

DKP und Gewerkschaften

Den Gewerkschaften kommt für die Organisation der Arbeiterklasse und für das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen eine Schlüsselrolle zu. Der DGB und seine Einzelgewerkschaften sind die umfassendste Klassenorganisation der Arbeiter, Angestellten und Beamten, der organisierte Ausdruck ihrer gemeinsamen Klasseninteressen.

Die Einheitsgewerkschaften, an deren Schaffung die Kommunistinnen und Kommunisten nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus wesentlich beteiligt waren und in denen sie stets aktiv mitarbeiten, waren eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass die Arbeiterklasse unseres Landes in der Vergangenheit bedeutende soziale und demokratische Errungenschaften durchsetzen und behaupten konnte.

Die Existenz der DDR war als „unsichtbarer Verhandlungspartner“ eine Unterstützung für die westdeutschen Arbeiterinnen und Arbeiter in ihren Kämpfen. Auch deshalb hatte die Niederlage des Sozialismus in Europa tief greifende Auswirkungen auf die organisierte Arbeiterbewegung, darunter vor allem auf die Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland.

Die DKP ist der Überzeugung, dass auch künftig starke, an den Interessen der Arbeiterklasse orientierte und für sie kämpfende Gewerkschaften unentbehrlich sind. Sie wirkt für die Stärkung der Gewerkschaften. Sie

Roter Studiensonntag
„Was für Gewerkschaften brauchen wir?“
Reader

verteidigt die Tarifautonomie und bekämpft alle Angriffe auf die Einheitsgewerkschaften durch die Unternehmerverbände und andere reaktionäre Kräfte. Diese wollen die Kampffähigkeit der Gewerkschaften zerschlagen, um den Widerstand gegen den reaktionären Umbau der Gesellschaft zu schwächen.

Wir wenden uns gegen den Missbrauch der Gewerkschaften für eine „Modernisierungskoalition“, bei der es darum geht, durch den Abbau sozialer und demokratischer Errungenschaften den „Standort Deutschland“ für in- und ausländisches Kapital attraktiv zu machen und die besten Verwertungsbedingungen für das Kapital zu schaffen. Wir wenden uns dagegen, dass sich Teile der Gewerkschaftsführungen nach wie vor in diese Politik einbinden lassen.

Wenn die Gewerkschaften eine Zukunft haben wollen, dann müssen sie sich konsequent von der Unterordnung unter die SPD lösen, eine autonome Interessenvertretung betreiben, selbst politisch und Teil einer Massenbewegung gegen Erwerbslosigkeit und neoliberale Zerstörung werden. Gewerkschaften sind unverzichtbar zur Formierung von politischer Gegenmacht in Betrieben und Gesellschaft.

Der DKP geht es um die Überwindung von Widersprüchen und Inkonsequenzen in der gewerkschaftlichen Politik und damit um die Erhöhung des Ansehens, der Glaubwürdigkeit und der Kampfkraft der Gewerkschaften. Die Mitglieder der DKP sind ihren Möglichkeiten entsprechend Mitglieder der Gewerkschaften. Sie setzen sich dafür ein, dass die Einheitsgewerkschaften zu autonomen, kämpferischen Klassenorganisationen werden, die die unterschiedlichen weltanschaulichen und politischen Strömungen vereinen. Kommunistinnen und Kommunisten leisten theoretische und praktische Beiträge dazu, die Klassenorientierung der Gewerkschaftspolitik zu stärken, dafür antikapitalistische Positionen zu entwickeln und das Ziel einer sozialistischen Gesellschaft in ihnen als notwendig und möglich zu propagieren.

Die DKP tritt für starke und kämpferische Betriebs- und Personalräte, Jugend- und Ausbildungsvertretungen und gewerkschaftliche Vertrauensleutkörper ein. Sie wirkt für die Zusammenarbeit der Gewerkschaften auf europäischer und internationaler Ebene, um ein Ausspielen nationaler Belegschaften gegeneinander zu verhindern und gemeinsam in den Klassenauseinandersetzungen zu handeln.

Roter Studiensonntag
„Was für Gewerkschaften brauchen wir?“
Reader

Das Betriebsverfassungsgesetz – seine Herkunft und Funktion bis heute

Gruppe kämpferischer Postler, Kassel: Bildungsabend zu den Aufgaben der JAV, 29.11.2024.

Grundsätzliches Herangehen

Die JAV ist eine Einrichtung nach dem *Betriebsverfassungsgesetz* und dem *Berufsbildungsgesetz*. Damit wir uns darüber klar werden können, wie wir zu den Aufgaben der JAV stehen und welche Aufgaben der JAV wir als sinnvoll ansehen, müssen wir uns grundsätzlich über den (Klassen-)Charakter von Gesetzen und den konkreten Charakter dieser Gesetze klar werden.

Erster Schritt: Was sind Gesetze? Gesetze sind Ausdruck staatlichen Handelns. Was ist also der Staat? In dem Buch, das wir gemeinsam lesen, Lenin's „*Staat und Revolution*“ wird der Staat grundsätzlich so definiert: „Der Staat ist das Produkt und die Äußerung der *Unversöhnlichkeit* der Klassengegensätze. Der Staat entsteht dort, dann und insofern, wo, wann und inwiefern die Klassengegensätze objektiv nicht versöhnt werden können.“¹ Im Anschluss an Marx und Engels definiert Lenin den Staat als „ideellen Gesamtkapitalisten“, der die politische Macht der Kapitalistenklasse über die Arbeiterklasse sichert. Durch und in ihm werden die Differenzen zwischen den Kapitalisten ausgetragen, zu einer gemeinsamen Linie verdichtet und – notfalls mit Zwang – gegen die Arbeiter durchgesetzt. Mit der Bildung der Monopole verwachsen Staat und Monopole zum staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Wie gehen wir also an die Bewertung von Gesetzen heran? Wir analysieren sie, indem wir ihren *Klasseninhalt* suchen.

Betriebsverfassungsgesetz

Das Betriebsverfassungsgesetz entstand ab 1950 in der Regierung Adenauer. In dieser Regierung saßen – nur nebenbei bemerkt – mehr (ehemalige)

1 W. I. Lenin: Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution (St. Petersburg 1917), München 2021, S. 9.

Roter Studiensonntag
„Was für Gewerkschaften brauchen wir?“
Reader

NSDAP-Mitglieder als in der ersten Regierung Hitler. Damit wurden viele Gesetze und Verordnungen außer Kraft gesetzt, die die Arbeiter in der Nachkriegszeit erkämpft hatten: Das Betriebsrätegesetz des alliierten Kontrollrates Nr. 22 nannte es als Pflicht der Betriebsräte, die Wiederbewaffnung des deutschen Imperialismus zu bekämpfen, bei den Krupp-Werken in Essen galt eine Betriebsvereinbarung zur Verhinderung jeglicher Kriegsindustrie. Aber Adenauer wollte aufrüsten und in die NATO, also weg mit dem alten Friedensfirlefanz.²

Das Betriebsverfassungsgesetz enthielt dann – leicht angepasst – viele der Regelungen des „Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit“ von 1934, so zwingt es zu vertrauensvoller Zusammenarbeit von Betriebsrat und Kapitaleseite, so erlegt es Schweige- und Geheimnispflichten auf, so verbietet es parteipolitische Betätigung im Betrieb. Die Wirtschaftsausschüsse der Betriebe erinnern sehr an die Zusammenarbeit von Deutscher Arbeitsfront und Kapitaleseite in den Reichskammern der deutschen Industrie des deutschen Faschismus.³

Das BetrVG ist damit ein Rückschritt hinter die Rechtsprechung, die die Arbeiter direkt nach 1945 erkämpft hatten und gegenüber dem, was das Grundgesetz 1949 (und schon das ist ein Rückschritt gegenüber den erkämpften Rechten der Nachkriegszeit) als Recht vorsah. Vor allem die Rechte der Gewerkschaften als eigenständige Organisationen der Arbeiter wurden beschnitten, Betriebsräte von der Gewerkschaft getrennt und als Einzelpersonen, vom Kapital finanziert, diesem gegenüber gesetzt. Für die juristische Absicherung dieser Positionen sorgte das zynisch als „freie Rechtsfortbildung“ benannte Richterrecht, maßgeblich betrieben vom Bundesarbeitsgericht, dass zu dieser Zeit maßgeblich von Hans Carl Nipperdey, dieser hatte am faschistischen Gesetz zur „Ordnung der nationalen Arbeit“ und dem faschistischen „Volksgesetzbuch“ mitgearbeitet.⁴

An anderen Stellen gauckelt das Gesetz Rechte vor, die real keine sind: die gewählten JAVis dürfen an den Sitzungen teilnehmen, haben aber kein Stimmrecht (die KPD hatte gefordert, das einzuführen, der Antrag wurde mit den Stimmen der SPD abgelehnt). Eine wirksame Kontrolle der

2 Beispiele aus: Bundestagsfraktion der KPD (Hrsg.): 4 Jahre Bundestag. Handbuch der Bundestagsfraktion der KPD, o.O. (vermutlich Berlin-DDR) 1953, S. 225ff.

3 KPD (Hrsg.): 4 Jahre Bundestag, a. a. O., S. 230ff.

4 Udo Mayer: Arbeitskämpfung und Grundgesetz, in: Udo Mayer, Gerhard Stuby (Hrsg.): Das lädierte Grundgesetz. Beiträge und Dokumente zur Verfassungsgeschichte 1949-1976, Köln 1977, S. 162-199, hier S. 166ff.

Roter Studiensonntag
„Was für Gewerkschaften brauchen wir?“
Reader

Betriebsräte durch die Belegschaften gibt es nicht, öffentliche Sitzungen um diese Kontrolle herzustellen, sind verboten.

Die Gewerkschaften scheiterten mit einem zweitägigen Zeitungsstreik⁵ und anderen Aktionen⁶ gegen das Gesetz, dann stellte die DGB-Führung den Kampf ein, setzte auf Verhandlungen und trug das Gesetz, aus dem sie „das Beste herausholen“ wollte, mit.⁷ Die DGB-Führung um Böckler, vom Hoff und Fette trennte die Auseinandersetzung gegen die Remilitarisierung vom Kampf um Sozialisierung und Mitbestimmung, um letzten Endes beides nicht zu erreichen. Das taten sie, obwohl die Arbeiter zum Kampf bereit waren: Anfang bis Mitte der 50er Jahre erkämpften die Arbeiter die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall durch einen Streik von 16 Wochen auf den Werften an der Nordsee, im Ruhrgebiet verweigerten die Arbeiter Sonderschichten zur Wiederaufrüstung „Panzerschichten“ genannt, erst das KPD-Verbot und das Einknicken vor Betriebsverfassungsgesetz, Remilitarisierung und das „Wirtschaftswunder“, schließlich die Konstituierung der SPD als offen bürgerliche Partei mit dem Godesberger Programm 1959 brach der kämpferischen Arbeiterbewegung das Genick.⁸

Wie stehen wir nun zum Betriebsverfassungsgesetz?

Wir - als *kämpferische Arbeiter* - wollen die bestehenden Mitbestimmungsrechte nutzen, um die Organisation, die Solidarität und das Klassenbewusstsein der Arbeiter zu stärken. Dazu müssen wir möglichst alle

5 Vgl. Meldung vom 26. Mai 1952, in: Informationsdienst, Bd. 1, Jg. I/1952 (1. Januar bis 30. Juni), S. 237f, zit. n. Dokument 75: Ankündigung eines Zeitungsstreiks gegen das Betriebsverfassungsgesetzes, in: Georg Fülberth (Hrsg.): Geschichte der Bundesrepublik in Quellen und Dokumenten, Köln 1982, S.111. Frankfurter Rundschau, 30. Mai 1952, zit. n. Dokument 76: Der Zeitungsstreik vom 27. bis 29. Mai 1952, in: Fülberth: Geschichte Bundesrepublik, S. 112.

6 80.000 Arbeiter demonstrieren am 20. Mai 1952 in Frankfurt am Main, Vgl. Frankfurter Rundschau, 21.5.1952, zit. n. Dokument 73: Demonstration in Frankfurt am Main am 20. Mai 1952, in: Fülberth: Geschichte Bundesrepublik, S. 110. Ebenfalls 80.000 demonstrierten in Dortmund, Vgl. Frankfurter Rundschau, 26. Mai 1952, zit. n. Dokument 74: Demonstration in Dortmund, in: Fülberth (Hrsg.): Geschichte der Bundesrepublik, S. 111.

7 KPD (Hrsg.): 4 Jahre Bundestag, a. a. O., S. 235ff. Meldung vom 11. Juni 1952, in: Informationsdienst, Bd. 1, Jg. I/1952 (1. Januar bis 30. Juni), zit. n. Dokument 77: Der Bundesvorstand des DGB stellt die Aktionen ein, in: Fülberth: Geschichte Bundesrepublik, S. 112/113.

8 Georg Fülberth, Jürgen Harrer: Geschichte und Besonderheiten der demokratischen Bewegung und der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik, in: Ulrich Albrecht, Frank Deppe, Jörg Huffscheid et al. (Hrsg.): Geschichte der Bundesrepublik. Beiträge, Köln 1979, S. 487-525, hier S. 492-493.

Roter Studiensonntag
„Was für Gewerkschaften brauchen wir?“
Reader

Arbeiter in den alltäglichen politischen, ökonomischen und ideologischen Kampf einbeziehen, der objektiv zwischen Kapital und Arbeit abläuft. Dazu brauchen die Arbeiter eine starke, kämpferische, demokratische Gewerkschaft, die entsprechend klare, eindeutig dem Arbeiterinteresse verpflichtete Leute in die Betriebsräte und die JAVen entsendet.

Das BetrVG trennt die Arbeiter von den Betriebsräten, diese kriegen Geheimnisse mit, werden in die Probleme der Kapitalseite eingeführt, sitzen mehr mit denen als mit uns am Besprechungstisch, werden durch die Undurchdringlichkeit der Gesetze, das bundesdeutsche Richterrecht und anderes daran gehindert, sich mit uns auf Augenhöhe zu besprechen.⁹ Der alten KPD ist zuzustimmen: Das BetrVG ist ein Arbeiter- und Gewerkschaftsfeindliches Gesetz gewesen und ist es auch immer noch.

Das schließt freilich nicht aus, sich diesem taktisch zu bedienen, Schutz-, Informations-, und Mitbestimmungsrechte so weitgehend wie irgendmöglich zu nutzen. Es schließt aber auf jeden Fall eine *Kritiklosigkeit* gegenüber diesem Gesetz für uns als kämpferische Arbeiter aus. Sein Klassencharakter steht zu unserem in einem direkten, unvereinbaren Widerspruch.

Berufsbildungsgesetz

Anders als das Betriebsverfassungsgesetz ist das Berufsbildungsgesetz historisch das Ergebnis von Kämpfen, die auch Fortschritte brachten. Anstelle der „alten Tante“ Gewerbeordnung setzten Arbeiterjugendverbände in den Kämpfen seit 1968 durch, dass die Ausbildung nicht mehr ausschließlich zur Profitmacherei gedacht sein dürfte. Die Veränderung der Produktion, vor allem kompliziertere Technologie erforderte besser ausgebildete Fachkräfte und die Verlagerung der Ausbildung in die Großkonzerne, deswegen entstand das Berufsbildungsgesetz in seiner Form. Die Arbeiterjugendbewegung konnte viele ihrer weitergehenden Forderungen damals nicht umsetzen, sondern strich lediglich einige der besonders krass reaktionären Positionen der alten Gewerbeordnung.¹⁰

Schon damals wurde deutlich, dass die Machtbefugnisse des Großkapitalisten nicht angefasst werden sollten: die Finanzierung (oder eben Nicht-Finanzierung, wie bei der Post) der Ausbildung bleibt innerhalb

9 Zum Richterrecht zB.: Rolf Geffken: Klassenjustiz, Frankfurt am Main 1972, S. 58ff.

10 Hans-Jörg Hennecke: 113 Paragraphen für Unternehmer. 15 Monate danach, in: elan 12/1970, S. 12-14. Bundesvorstand der SDAJ (Hrsg.): Arbeiterjugend contra Monopole, Dortmund 1970.

Roter Studiensonntag
„Was für Gewerkschaften brauchen wir?“
Reader

des Betriebes, Umlagefinanzierungen oder gar die Finanzierung durch die Profite der Kapitalisten bleiben Forderungen der Arbeiterjugendbewegung von der Gewerkschaftsjugend bis zur SDAJ bis heute. Das Ausbildungsmonopol bleibt bei den Einzelbetrieben, es wird nicht öffentlich geregelt, damit haben die Kapitalisten über die Handwerkskammer bis hin zu den Lehrbuchverlagen ihren Einfluss auf die Köpfe der Lehrlinge behalten. (Im Lehrbuch für die FKEP-Ausbildung werden nur Nachteile für Streiks dargestellt.)¹¹

Wie wollen wir in der JAV arbeiten?

Wie wir gesehen haben, ist Hauptaufgabe des Betriebsverfassungsgesetzes die *Trennung* von Betriebsräten und JAVis von den Arbeitern. Die Gewerkschaften haben das sehr schnell als Problem identifiziert: die Betriebsräte und JAVis kapseln sich ab, es bilden sich „Betriebsratsfürsten“, die gewerkschaftliche Gremien dominieren, Karrierismus und schließlich der Übergang auf die Seite des Kapitals, bedingt durch das Richterrecht Legalismus, Illusionen in das Recht und den Staat, mehr Vertrauen auf die Kapitalseite als auch die Kollegen.¹²

Das muss unser **erstes Ziel** sein: Die **Verbindung** aufrecht zu erhalten, bzw überhaupt erst zu schaffen. Ver.di Hessen formuliert in den **„15 Thesen zur betrieblichen Gewerkschaftsarbeit von ver.di“**: „C. Die Arbeit der gesetzlichen Interessenvertretungen ist Teil der betrieblichen Gewerkschaftsarbeit.“ und „D. Die gewerkschaftliche Orientierung der gesetzlichen Interessenvertretungen wird durch die Vertrauensleute gesichert.“, dabei geht Ver.di sogar noch weiter: „G. Die Vertrauensleute definieren die Handlungsfelder /-themen für die gesetzlichen Interessenvertretungen.“¹³

Auch in der **„Richtlinie zur Betriebs- und Vertrauensleutearbeit“** der Ver.di heißt es: „4.1.g) Die Vertrauensleute arbeiten mit den ver.di-

11 SDAJ: Arbeiterjugend contra Monopole, S. 29-31, 70.

12 Vgl. die sehr eindeutige Kritik in Adolf Brock ua.: Die Interessenvertretung der Arbeitnehmer im Betrieb (= Theorie und Praxis der Gewerkschaften, Themenkreis Betrieb, Band 3), Berlin (West) 1969. Das Buch erschien im Verlag „Europäische Verlagsanstalt“, der damals dem DGB gehörte. Er spiegelt das damalige Kräfteverhältnis innerhalb des DGB wieder.

13 15 Thesen zur betrieblichen Gewerkschaftsarbeit von ver.di. Beschlossen auf der Sitzung des Landesbezirksvertrauensleuteausschusses ver.di Hessen am 27. November 2015, in: ver.di Landesbezirk Hessen (Hrsg.): Handbuch für Vertrauensleute. Informationen für die betriebliche Gewerkschaftsarbeit, Frankfurt, März 2017, S. 13.

Roter Studiensonntag
„Was für Gewerkschaften brauchen wir?“
Reader

Mitgliedern in den gesetzlichen Interessenvertretungen eng zusammen und informieren diese über Diskussionen im Betrieb.“ und „4.1.h) Die ver.di-Mitglieder in den gesetzlichen Interessenvertretungen unterstützen die Arbeit der gewählten Vertrauensleute und beziehen diese im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten in ihre Arbeit mit ein.“¹⁴

Was heißt das für die JAV? Bisher hat sich die JAV auf das beschränkt, was Papa Betriebsrat oder die Geschäftsleitung von ihr wollten. Die Jugend- und Auszubildendenversammlung hat wenig inhaltliches gebracht, fast alle Kandidaten haben sich wie reine Karrieristen verhalten und das Hick-Hack um die Frage des Vorsitzes war auch ein karrieristisch motiviertes, kein inhaltliches. Die Azubis als wesentliche Akteure waren reine Statisten.

Das müssen wir ändern: Der **Überblick** über die Azubis, über ihre Pläne und Interessen, ihren Organisationsgrad und wie sie zur Post, zur Gewerkschaft und zur Gruppe kämpferischer Postler stehen muss der Ausgangspunkt der Arbeit der JAV sein. Dazu müssen im Nachgang der nun gewählten JAV die Azubis über ihre Erwartungen befragt und vor allem Raum gegeben werden, dass sich diese über ihre **Interessen** klar werden können.

Was sind die objektiven Interessen der Azubis?

- Die Post betreibt eine **brutale Aussortierung**: Im aktuellen Ausbildungsjahr sind von 16 Azubis 3 gekündigt worden, die Ausbildung wird zusammengespart, Azubis bis zum letzten Moment im Unklaren gelassen ob sie übernommen werden und während der Ausbildung wird gegen geltendes Arbeitsrecht in den Ansprüchen an Azubis verstoßen. Die Disziplinierung der Azubis macht aus ihnen gefügte Arbeiter, die die Schnauze halten und arbeiten, aber keine aufrechten Menschen, Gewerkschafter oder gar kämpferische Postler. Alle Arbeiter haben ein Interesse daran, dieser Disziplinierung etwas entgegenzusetzen.
 - Also gehen wir mit den Azubis in den Austausch und fragen uns und die Gesetzeslage: Welche **Maßnahmen** können beantragt werden und wie können die Azubis am Kampf um die Umsetzung dieser Maßnahmen beteiligt werden?

14 Richtlinie zur Betriebs- und Vertrauensleutearbeit (§50 Abs. 3 Satzung) zuletzt geändert durch den Gewerkschaftsrat in einer Sitzung am 9/10. Mai 2015, in: Handbuch für Vertrauensleute, S. 5-13, hier S. 8-9.

Roter Studiensonntag
„Was für Gewerkschaften brauchen wir?“
Reader

- Gegen welche Gesetze wurde und wird verstoßen? Vor allem die **Arbeitsbewertungen** müssen dafür genau angesehen und eine JAV-Begleitung bei den Gesprächen organisiert werden, die BM wollen diese Gespräche immer alleine führen und verstoßen gegen die Zeiten, in denen die Gespräche geführt werden sollten. Raphael wurde im Gespräch gelobt, dass er seine Arbeit vor Arbeitsbeginn aufgenommen und nach Dienstende beendet hatte, zweifacher Verstoß gegen das BBiG, das als Kriterium zu benennen ein dritter Verstoß gegen das BBiG.
- Teil der brutalen Aussortierung ist die Frage der **Krankentage bzw der Krankheitsfälle**, dazu wird die mündliche Absprache kommuniziert, die an keiner Stelle festgeschrieben ist, sondern tatsächlich (in §9 TV Auszubildende¹⁵) direkt anders geregelt werden könnte. Die kommunizierte Zahl liegt deutlich unter der durchschnittlichen Krankenzahl der Kollegen. Sie ist Teil der Disziplinierung.
- Alle Azubis müssen über die Probezeitkündigungen informiert und ggf für Soli-Aktionen gewonnen werden. Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle von uns!

15 Tarifvertrag für die Auszubildenden der Deutschen Post AG, in: Deutsche Post AG. Mantel- und Entgelttarifvertrag, Berlin, August 2023, S. 213-224, hier S. 218.

Roter Studiensonntag
„Was für Gewerkschaften brauchen wir?“
Reader

Heizung, Brot und Frieden - In der Klasse wirken – Rein in Betriebe und Gewerkschaft - Rein in die Viertel – Raus auf die Straße! Beschluss des 25. Parteitages der DKP, Gotha, März 2023.

Fast 200 Milliarden Euro für Rüstung, Waffenlieferungen, Wirtschaftskrieg und nukleare Teilhabe bei gleichzeitiger Inflationsrate von über 10 Prozent - die Perversität des kapitalistischen Systems ist in der aktuellen Situation für alle anschaulicher denn je.

Während die Bevölkerung mit explodierenden Energie- und Lebensmittelpreisen konfrontiert ist, werden in erster Linie Konzerne und Unternehmen mit „Rettungspaketen“ bedient.

Die allgemeine Krise des Kapitalismus schreitet unaufhaltsam voran. Seit der 2007 beginnenden, weltweiten Finanzkrise hat sich der gewohnte Gang des Kapitalismus nicht wieder eingestellt. Für jedes Problem, das die Herrschenden für in ihrem Sinne gelöst glauben, entsteht ihnen mindestens ein neues.

Aktuell wird dieser Prozess durch die 2019 aufgetretene zyklische Krise verstärkt. Extreme Katalysatoren und willkommene Sündenböcke für das Kapital waren und sind dabei die Covid-19-Pandemie und der seit Februar eskalierte Krieg in der Ukraine. Beide Erscheinungen sind nicht der Grund für die Krise des Kapitalismus, dennoch haben sie und insbesondere der politische Umgang der Herrschenden mit ihnen die konkreten Auswirkungen erheblich verschärft.

Der deutsche Imperialismus ist vor diesem Hintergrund zunehmend weniger in der Lage, die arbeitende Klasse in Deutschland über den Weg der Bestechung zu integrieren und mit dem Widerspruch von Kapital und Arbeit zu versöhnen. Das zeigt sich zum einen durch die seit Jahrzehnten abnehmende Bereitschaft, bei Tarifrunden höhere Entgelte anzubieten, im Gegenteil, die Verhandlungsführung setzt nun auf Reallohnverluste. Dies gilt sowohl im öffentlichen Dienst (TVÖD/TVL), als auch in der Privatwirtschaft. Zum anderen drückt es sich in einer zunehmenden, direkten Repression gegen kämpfende Beschäftigte aus (Einführung der neuen Polizei- und Versammlungsgesetze, richterliches Verbot von Streiks

Roter Studiensonntag
„Was für Gewerkschaften brauchen wir?“
Reader

oder mit der direkten Anwendung physischer Gewalt gegen Streikende). Nicht zuletzt verfolgt das Kapital auch weiter die Strategie, die arbeitende Klasse zu zersplittern. Neben der immer weiter um sich greifenden Aufteilung in Stammebelegschaften und andere Beschäftigungsarten zeigt sich hier seit 2020 als neues Instrument die räumliche Trennung der Beschäftigten durch die massive Ausweitung verschiedener Varianten des Homeoffice.

Zudem geraten bewährte Kompensationsmechanismen des Kapitals zunehmend an ihre Grenzen, so zum Beispiel die direkte Zerstörung der öffentlichen Infrastruktur, die nicht mehr ausreichende Schieneninfrastruktur, sowie die verschlechterte geburtshilfliche Infrastruktur in weiten Teilen der BRD. Auch die Abwälzung ökonomischer Probleme in die europäische Peripherie scheint nicht mehr in dem Maße möglich wie noch 2010.

All das kulminiert nun in einer Abwälzung der Krisenlasten auf die Bevölkerung, wie man sie in der BRD bisher noch nicht gesehen hat: Die Kosten für Lebensmittel und Energie explodieren und treffen auf eine Bevölkerung, die seit Jahren und Jahrzehnten den Krisenbewältigungsstrategien des Kapitals ausgeliefert ist.

Gleichzeitig zeigen die Herrschenden offen, dass die Verschlechterung des Lebensstandards keineswegs eine Notwendigkeit ist, die auf mangelnden Ressourcen beruht: Für Bundeswehr und Rüstung stehen seit Februar 2022 deutlich über 100 Milliarden Euro bereit, nachdem schon in den Vorjahren immense Summen in die Rettung von Konzernen geflossen sind. Auch die Aktionäre der großen Konzerne brauchen den Gürtel keineswegs enger schnallen – viele Konzerne zahlen aktuell Rekorddividenden aus.

Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst, bezahlbarer Wohnraum ist fast überall zur Mangelware geworden und Armut ist in vielen Regionen unseres Landes eine Massenerscheinung. Die Leidtragenden sind die Menschen, die in den Betrieben, in den Städten und Gemeinden nicht nur mit der aktuellen Preisentwicklung zu kämpfen haben, sondern auch den Wirtschaftskrieg gegen Russland direkt und indirekt bezahlen. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der arbeitenden Klasse stehen also unter heftigerem Beschuss denn je. Wie ist demgegenüber das Bewusstsein der Klasse einzuschätzen?

Roter Studiensonntag
„Was für Gewerkschaften brauchen wir?“
Reader

Wer nach 1990 in der BRD geboren ist, hat nie bewusst einen großen, überregionalen Arbeitskampf erlebt. Wer in diesem Zeitraum an Kämpfen beteiligt war, hat in aller Regel die Erfahrung von Abwehrkämpfen gewonnen, die nicht selten in Niederlagen oder Pyrrhussiegen geendet sind. Die Teile der Klasse, die noch relevante Kampferfahrungen gesammelt haben, haben das überwiegend vor 1990 getan.

Dieses weitgehende Fehlen von Kampferfahrungen zeigt sich auch in einer massiv abnehmenden Organisation der Klasse in den Zusammenschlüssen, die sie sich selbst geschaffen hatte. Die Teile der Klasse, die noch in diesen Zusammenschlüssen, vor allem den Gewerkschaften organisiert sind, sind trotz des abnehmenden direkten Einflusses der organisierten Sozialdemokratie von einem überwiegend sozialpartnerschaftlichen Bewusstsein geprägt.

Bei einem Teil der Arbeiterklasse, der Arbeiteraristokratie, handelt es sich überwiegend um die Schicht, die - aus Extra-Profiten des Monopolkapitals bestochen - relative Privilegien gegenüber dem Rest der Arbeiterklasse genießt. Der drohende oder bereits geschehene Verlust der damit einhergehenden Privilegien erzeugt mangels einer starken politischen Führung der Klasse enorme Spaltpilze zwischen den Stammebelegschaften auf der einen und atypisch Beschäftigten, Erwerbslosen sowie den Klassenbrüdern und -schwestern in anderen Ländern auf der anderen Seite. Die deutliche Perspektive, die verbleibenden Privilegien zu verlieren, stellt so eine starke Fessel für die Kampfbereitschaft und -kraft dar. Politisch bildet das auch ein Einfallstor für Demagogen, die Abstiegsängste in unwirksame oder schädliche Bahnen umlenken.

Dennoch gibt es einzelne Belegschaften, die über ein vergleichsweise hohes Kampfbewusstsein verfügen - etwa Teile der Automobilindustrie oder einige Belegschaften größerer Krankenhäuser.

Ein politisches Klassenbewusstsein im engeren Sinn ist allerdings auch in den kampferprobtesten Belegschaften eine seltene Erscheinung. Dass es aus dem Kapitalismus nur einen Ausweg, die sozialistische Gesellschaft, gibt und wie der Weg dahin aussehen kann, ist aktuell wohl höchstens einigen tausend Beschäftigten bewusst. Seinen direkten Ausdruck findet das in der zahlenmäßigen und betrieblichen Schwäche unserer Partei.

Roter Studiensonntag
„Was für Gewerkschaften brauchen wir?“
Reader

Insgesamt muss das Klassenbewusstsein in der BRD also aktuell als äußerst schwach bewertet werden. Dieser Bewertung stehen allerdings auch einige vorbildhafte betriebliche Kämpfe und im Zuge der seit 2020 von den Herrschenden in hohem Tempo vorangetriebenen Angriffe auf die Lebensbedingungen der Klasse, insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern, Proteste entgegen, die Ausdruck eines anknüpfungsfähigen spontanen Bewusstseins sind.

Während der Corona-Pandemie wurde für alle offensichtlich, dass die Interessen der Konzerne im Vordergrund stehen, während das Gesundheitssystem durch die Einführung der Fallpauschalen mit der damit einhergehenden Privatisierung vor dem Kollaps stand und steht. Hier geht es nicht allein um die Profitinteressen der einzelnen Gesundheitskonzerne, sondern um das Interesse des gesamten Kapitals, die Reproduktion der Ware Arbeitskraft auf ein möglichst niedriges Niveau zu drücken. Dies gilt in gleicher Weise für das Bildungssystem.

Gleichzeitig gab es die intensivsten Kämpfe der Arbeiterklasse in den letzten Jahren hauptsächlich in den Dienstleistungsbranchen und hier vornehmlich im Gesundheitswesen, im Sozial- und Erziehungsdienst und beim Öffentlichen Personennahverkehr. Diese Kämpfe zeichnen sich dadurch aus, dass die gesamte Arbeiterklasse davon betroffen ist, nicht nur die dort Beschäftigten.

Hier werden die Widersprüche zwischen den Monopol- und Kapitalinteressen und den Interessen der Bevölkerung an einer funktionierenden und nutzbaren öffentlichen Daseinsvorsorge am deutlichsten. Hier gilt es, eine klassenkämpferische Betriebs- und Kommunalpolitik zu entwickeln sowie Widersprüche für eine antimonopolistische Bündnispolitik zu nutzen, deren Träger die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften sein müssen. Der Entwicklungsstand der Produktivkräfte (in Verkehr, Medizin, Logistik, Produktion usw.) wäre in der Lage, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Ihre weitere Entwicklung setzt ihre Vergesellschaftung und die demokratische Planung im Interesse der Bevölkerungsmehrheit voraus. Der Sozialismus ist möglich und nötig. Die Ausrichtung von Produktion, Reproduktion, Distribution und Konsumtion auf die Erlangung von Monopolprofiten und zur Stärkung der Stellung des deutschen Imperialismus steht diesem Schritt im Weg. Sie widerspricht auch den grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse und der nichtmonopolistischen

Roter Studiensonntag
„Was für Gewerkschaften brauchen wir?“
Reader

Schichten. In der Krankenhausbewegung, in den Initiativen für einen an den Bevölkerungsinteressen ausgerichteten ÖPNV, in der Zusammenarbeit mit demokratischen Bewegungen bestehen Ansätze von Teilen der Arbeiter- und demokratischen Bewegung, diese Widersprüche zum Ausgangspunkt von Klassenkämpfen zu machen. Dies war die Hauptstoßrichtung der Beschlüsse des 23. Parteitags.

Hier konnte sich die DKP an vielen Stellen aktiv einbringen und Arbeitskämpfe unterstützen. Ob Privatisierungen, Zusammenlegungen oder Schließungen von Kliniken, der Kampf der Kolleginnen und Kollegen um Personalbesetzung und Entlastungen, hier wurden praktische Auswirkungen des kapitalistischen Systems deutlich. Diese Erfahrungen gilt es zu bündeln, den Austausch, wie er in den Branchentreffen Gesundheit sowie Bildung und Erziehung begonnen wurde, für die gesamte Partei zugänglich und nutzbar zu machen. Einrichtungen dieser Branchen finden sich in allen Einzugsbereichen unserer Grundorganisationen.

Diese Arbeitskämpfe zeigen, dass auch und gerade in Krisenzeiten Widerstand und Klassenbewusstsein entwickelt werden kann. Die Rolle solcher Auseinandersetzungen sowohl auf betrieblicher als auch auf kommunaler Ebene müssen wir genau bewerten und in unsere Überlegungen zur Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit einbeziehen.

Die kommunistische Partei muss als Partei der Arbeiterklasse die Entwicklung der Produktivkräfte und die Entwicklung der Kräfteverhältnisse und die Zuspitzung der Widersprüche des Kapitalismus analysieren und daraus weitere Schritte ableiten. Weil unsere Verankerung in Betrieben meist nur marginal vorhanden ist, müssen wir überlegen, wie wir unsere Kräfte vor Ort zielgerichtet und gebündelt nutzen, über vereinzelte Aktionen bei Tarifaueinandersetzungen hinaus tatsächlich „heran an die Klasse“ kommen, uns in kommunale Kämpfe einmischen und Aktivitäten gegen das Abwälzen der Krisenlasten auf die arbeitende Bevölkerung unterstützen, initiieren und unseren Beitrag zur Entwicklung von Klassenbewusstsein zu leisten.

In den kommenden Jahren werden die Auswirkungen des Wirtschaftskrieges gegen Russland, der daraus resultierenden „Energiekrise“ und auch der angekündigte feindliche Politikwechsel gegenüber der Volksrepublik China weitere dramatische Auswirkungen auf die Bevölkerung unseres Landes haben. Hier wird es vor allem an den Gewerkschaften liegen, ob und wie Widerstand gegen die herrschende Politik entsteht und entwickelt wird.

Roter Studiensonntag
„Was für Gewerkschaften brauchen wir?“
Reader

Nach wie vor sind es die Gewerkschaften, die in der Lage wären, den gemeinsamen Kampf zu organisieren. Trotz des seit Jahren anhaltenden Mitgliederschwunds sind die Mitgliedsgewerkschaften des DGB die größten Klassenorganisationen und anders als berufsständische oder gelbe Gewerkschaften dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft verpflichtet. In den großen Tarifrunden der letzten Jahre (Metall und Elektro oder Stahl der IG Metall, beim Öffentlichen Dienst von ver.di, der Deutschen Bahn der EVG) ließ sich in den Mobilisierungs- und Warnstreikphasen einschätzen, welche Kraft die Arbeiterklasse in Deutschland in Streiks entwickeln kann, wenn sie sich für den Arbeitskampf entscheidet.

Welche Durchsetzungsmacht entsteht, wenn kämpferische Belegschaften mit ihrer Gewerkschaft über einzelne Warnstreiktage hinausgehen, bewiesen regionale und örtliche Tarifikämpfe wie die Klinikstreiks in Berlin und NRW, an den Seehäfen oder beim Anlagetechniker Voith. Die Erfahrungen, die in all diesen Auseinandersetzungen gewonnen werden, treffen in der gewerkschaftlichen Diskussion auf eine sozialpartnerschaftliche Prägung der Gewerkschaften, die sich unter sozialdemokratischer Hegemonie zumeist durchsetzt und weitergehende Kämpfe be- oder sogar verhindert.

Insbesondere im Organisieren von Widerstand gegen überbetriebliche Angriffe auf die Arbeiterklasse fallen die Gewerkschaften hinter frühere Orientierungen und Mobilisierung zurück und lassen sich in die Strategien des Kapitals zur Sicherung der Profite der Konzerne einbinden. Hier muss vor allem die Bereitschaft der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführungen benannt werden, sich in Organisationen der Klassenkollaboration wie der konzertierten Aktion von Kapital und Regierung einbinden zu lassen. Der Vergleich gewerkschaftlicher Mobilisierung zu den Protesten gegen die Freihandelsabkommen mit dem Engagement zu den Demos im Herbst 2022 unter dem Motto „Gemeinsam durch die Krise“ fällt schmerzhaft ins Auge und zeigt, dass die unterschiedliche Aufstellung der acht Mitgliedsgewerkschaften zu übergeordneten politischen Fragen im Dachverband DGB eher von den Industriegewerkschaften mit ihrer Orientierung auf rein betriebliche und tarifliche Arbeit dominiert werden und breite Mobilisierung nicht mehr stattfindet.

Trotzdem bieten die wahrnehmbaren Widersprüche, die der Kapitalismus aktuell nicht mehr befrieden kann, in Kombination mit den präsenter werdenden Kampferfahrungen genau die Plattform in den Gewerkschaften,

Roter Studiensonntag
„Was für Gewerkschaften brauchen wir?“
Reader

auf der fortschrittliche Kolleginnen und Kollegen für eine kämpferische Ausrichtung der Gewerkschaft und Klassenpositionen diskutieren und agieren können. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass konfliktorientierte Aufstellung in Tarifrunden und das Verbreiten von weitergehenden umso mehr die gewerkschaftliche Ausrichtung prägen können, je mehr sie aus starken und gut organisierten Belegschaften mit politischer Führung kommen. Daher ist es zentrale Aufgabe der DKP, linke und fortschrittliche Kolleginnen und Kollegen in den Gewerkschaften zu vernetzen und in der Diskussion unsere Analyse und die Perspektive einer möglichen anderen Gesellschaftsordnung in die Belegschaften und die Gewerkschaften hineinzutragen. Die in den Einzelgewerkschaften beschlossenen und umgesetzten Demokratisierungsprozesse, insbesondere in der Tarifarbeit, verbessern ebenfalls die Ausgangsbasis für eine Gewerkschaftsarbeit, die an der Lebensrealität der Beschäftigten ansetzt und in der Lage ist, Spielräume für eine klassenkämpferische Politik zu erweitern.

Genossinnen und Genossen setzen sich nach ihren Kräften und gemäß kollektiven Diskussionen in ihren Grundorganisationen innerhalb der Strukturen der Gewerkschaft und betrieblichen Interessenvertretungen für eine konfliktorientierte Linie ein. Sie verbreiten Klassenbewusstsein unter den Beschäftigten, indem sie erlebte Widersprüche theoretisch einordnen, die objektiv wirkenden gesellschaftlichen Gesetze, die Stellung und Rolle der Beschäftigten im Kapitalismus begreifbar machen. Kommunistinnen und Kommunisten orientieren darauf, dass die Kolleginnen und Kollegen in realen Auseinandersetzungen die eigene Wirkmächtigkeit erleben und die Verbündeten als Menschen in gleicher objektiver Lage, unter gleichen Lebensverhältnissen und Arbeitsbedingungen, in gleicher Position gegenüber dem Kapital wahrnehmen, um Konkurrenz und Isolation durch erfahrene Verbundenheit mit anderen zu durchbrechen.

Inhaltliche Schwerpunkte der betrieblichen und gewerkschaftlichen Arbeit bilden unter anderem die Kämpfe um Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich, eine abschlagsfreie Rente mit 60 Jahren, Entlastung bzw. Personalaufbau und dem Verbot unsicherer Beschäftigungsverhältnisse.

Die DKP steht für die Zusammenführung des Kampfes der Arbeiterbewegung mit dem Kampf für Frieden, gegen Aufrüstung, gegen deutschen Militarismus und Großmachtchauvinismus. Dabei ist unsere

Roter Studiensonntag
„Was für Gewerkschaften brauchen wir?“
Reader

Betriebs- und Gewerkschaftsorientierung unser zentraler Ansatz, um die deutsche Kriegsbeteiligung und das Programm der sogenannten Zeitenwende zu stoppen. Hier gibt es große Rückschläge, da sich die Mitgliedsgewerkschaften des DGB und insbesondere der DGB überwiegend auf die Seite der Herrschenden stellen und sowohl Waffenlieferungen als auch Sanktionen gegen Russland befürworten. Auch wenn sich im Laufe des Krieges zumindest in Teilen der Friedensbewegung hier klarere Positionierungen entwickelt haben, bleibt dies in Gewerkschaftskreisen eine wesentliche Aufgabe der DKP, den Charakter dieses Krieges und der daraus resultierenden Auswirkungen auf die Arbeiterklasse deutlich zu machen und möglichst viele Kolleginnen und Kollegen für den Kampf um Heizung, Brot und Frieden zu gewinnen.

Ziel dieses Kampfes muss es auch sein, die durch kapitalistischen Raubbau an den natürlichen Lebensgrundlagen verursachte Umweltzerstörung und den Klimawandel aufzuhalten. Um diese existenziellen Herausforderungen der Menschheit zu bewältigen, sind tiefgreifende und umfassende Veränderungen in den globalen Produktionsweisen notwendig, die wir nur erreichen, wenn wir gewerkschaftliche und ökologische Kämpfe zusammenführen.

Auf dem 22. Parteitag stellten wir fest, dass es die wichtigste Aufgabe der DKP ist, die Verankerung in der Arbeiterklasse zu erhöhen. Das muss in reale Klassenorientierung umgesetzt werden. Ort dafür sind in erster Linie unsere Grundorganisationen, die sich örtliche Schwerpunkte – betrieblich oder kommunal - suchen müssen. Das erfordert eine Analyse ihrer Einzugsgebiete, des politischen und persönlichen Umfelds hinsichtlich der betrieblichen und sozialen Situation, vergangener und laufender Klassenkämpfe in der Region, der Bündnisstrukturen und Eingriffsmöglichkeiten der Gruppe, die von den Gruppenleitungen zu organisieren sind.

Die Orientierung auf die Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft ist das erste Standbein dieser Klassenorientierung. Der 25. Parteitag der DKP orientiert grundsätzlich auf den Neuaufbau vermehrter betrieblicher und betriebsnaher Strukturen in der DKP.